

## Brandenburg will katholische Kirche massiv bevorzugen

**Gemeinsame Stellungnahme von sechs Verbänden zum beabsichtigten Konkordat des Landes**

**Brandenburg mit dem Vatikan**

**Rotstift, Sozialabbau, Subventionsstreichungen – Begriffe, die in Brandenburg bekannt und verbreitet sind. Jeden trifft diese Politik. Fast jeden – die katholische Kirche wird im Bundesland Brandenburg, mit einem Katholikenanteil von 3,2 % in der Bevölkerung, ausgenommen. Und nicht nur dies: Ministerpräsident Matthias Platzeck beabsichtigt, am 12. November ein so genanntes Konkordat (Vertrag) mit dem „Heiligen Stuhl“ zu unterzeichnen, in dem etliche neue Zahlungen und Privilegien für die brandenburgische katholische Kirche vereinbart werden.**

Subventionen, die ein Vielfaches der direkt aus dem Vertrag ersichtlichen 1,15 Millionen Euro jährlich betragen werden.

Auf diesen Umstand weisen der Brandenburgische Freidenker-Verband (BFV), der Deutsche Freidenker-Verband (DFV), der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW), der Humanistische Freidenkerbund Brandenburg (HFB), der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg (HVBB) und der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) in einer gemeinsamen Stellungnahme, gerichtet an Ministerpräsident und Landtagsabgeordnete, hin.

Der Vertrag weist weitere Merkwürdigkeiten auf: Er läuft unbefristet und enthält keine Kündigungsklausel, obwohl er fast ausschließlich nur Rechte für die katholische Seite und fast nur Pflichten für das Land Brandenburg enthält. Wird aber die katholische Kirche je freiwillig auf Privilegien verzichten?

Eine öffentliche Diskussion um das Konkordat fand so wenig statt wie eine Anhörung im brandenburgischen Landtag. Es gab keine zureichende Information der Öffentlichkeit, der Vertragstext ist bis jetzt nicht bekannt gemacht worden.

Um diesen „Geheimverhandlungen“ Transparenz für eine möglichst wache Öffentlichkeit entgegenzusetzen, haben sich die sechs beteiligten Verbände entschlossen, eine ihnen anonym zugegangene Fassung des Vertragstextes im Internet zu publizieren:

<http://www.ibka.org/artikel/ag03/vertrag.html>

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Die beteiligten Verbände hegen die Hoffnung, dass eine öffentliche Diskussion um den merkwürdigen Vertragstext und seine seltsame Entstehung die Abgeordneten zum Nachdenken anregen möge. Die Abgeordneten sollen am 14. November über das Konkordat im Landtag abstimmen – zwei Tage nachdem es vom Ministerpräsidenten unterschrieben wurde. Die sechs Verbände fordern die Abgeordneten auf, dem Konkordat nicht zuzustimmen.

Der vollständige Text der gemeinsamen Stellungnahme findet sich hier:

<http://www.kirchensteuer.de/stellungnahme-brandenburg.html>

## Internationale Koalition für die Streichung des Artikels 51

**Eine Koalition pluralistischer, katholischer und humanistischer NGO's, die die Streichung des Artikels 51 aus dem Entwurf der Europäischen Verfassung fordern, organisierte am 5. November eine Pressekonferenz im Europäischen Parlament, um die Bevölkerung, die Medien und die Mitglieder des Europäischen Parlaments zu informieren.**

Olga Zrihen, Belgisches Mitglied des Europäischen Parlaments, Georges Liénard, Generalsekretär der Europäischen Humanistischen Föderation, Neil Datta, Koordinator der International Planned Parenthood Federation/European Network (Föderation für Geplante Elternschaft/Europäisches Netzwerk) und Elfriede Harth, Repräsentantin von Catholics für a Free Choice/Europe (Katholiken für eine selbstbestimmte Schwangerschaft/Europa) und der European Network Church on the Move (Europäisches Netzwerk Kirche in Bewegung) sprachen.

Artikel I-51, der „einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den Kirchen und Organisationen“ (philosophischen und konfessionslosen) etabliert, wurde nie diskutiert und dem Europäischen Ministerrat geschickt. Trotzdem hatten zahlreiche Mitglieder der Konferenz Änderungsanträge vorgelegt, die die Zurücknahme dieses Artikels fordern.

Das Ziel und der Charakter dieses „Dialogs“, wie er von den Kirchen vorgeschlagen wurde (gemäß einer Notiz von Juni 2002 von der COMECE/KEK), fordert im Einzelnen:

- die Etablierung eines Konsultationsverfahrens „vor der Legislative“ mittels Seminaren mit Beratern des Kommissionspräsidenten
- regelmäßige Arbeitssitzungen zu speziellen Themen von Gesetzesentwürfen, die von besonderem Interesse für die Kirchen sind oder sie betreffen
- „Ad hoc“-Arbeitssitzungen zwischen dem Kommissionspräsidenten und hochstehenden Repräsentanten der Kirchen
- eine Verbindungsstelle innerhalb der Räumlichkeiten der Kommission mit dem Ziel, eine „Partnerschaft“ mit der Kommission zu fördern

### **Trennung von Kirche und Staat**

Der Vatikan hat seine Position in der UN benutzt, um den Zugang zu Familienplanung und sicherer Abtreibung zu begrenzen.

Er behindert außerdem Fortschritte und Debatten zu Themen wie sexuelle Orientierung und Scheidung und zusätzlich missbraucht er seinen Einfluss, um Abstinenz als einziges „Verhü-



**pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

tungsmittel“ für junge Leute zu propagieren, und damit trägt er zur dramatischen Ausbreitung von HIV/AIDS und ungewollten Schwangerschaften unter jungen Leuten bei.

Darüber hinaus hat der Vatikan oft versucht, religiöse Überzeugungen über die Frauenrechte zu stellen.

Diese Beispiele sprechen für sich, um zu beweisen, dass Religion und Politik in der Europäischen Union getrennt werden müssen. Mit Artikel 51 erwarten die Kirchen tatsächlich innerhalb der EU eine ähnliche Situation zu schaffen, wie sie der Vatikan in der UN genießt.

#### **Appell an den Europäischen Ministerrat**

Zahlreiche Personen sowie religiöse, pluralistische und säkulare Organisationen haben den Ministern Briefe in ihren Ländern geschrieben, in denen sie darauf bestehen, dass Artikel 51 zurückgezogen wird.

Diese Briefe betonen vor allem, dass „Artikel 51 die Rechte der Kirchen festschreibt, sich in den Institutionen der EU einmischen zu können. Die Neutralität des Staates hinsichtlich religiöser Glauben und Überzeugungen ist die einzige Garantie für religiösen Frieden und die Freiheit des Denkens. Keine Religion oder religiöse Gruppe sollte in der Lage sein, der gesamten Gesellschaft ihre eigenen Überzeugungen von gesellschaftlichem Leben und Organisation aufzudrücken.“

**Brüssel, 6. November 2003**

**Europäische Humanistische Föderation, Brüssel**

**fhe@ulb.ac.be**

## **Freireligiöse Jugend Hessen ehrte Giordano Bruno in Rom**

**Die Freireligiöse Jugend Hessen legte am Giordano-Bruno-Denkmal in Rom am 21. Oktober 2003 Blumen nieder – dort wo Bruno am 17. Februar 1600 von der Inquisition auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde. Das Denkmal mit der den Blumenmarkt überragenden Statue Giordano Brunos war Station der einwöchigen Romreise, veranstaltet von der Freireligiösen Landesgemeinschaft Hessen.**

Dieser Ketzer gehört seit Gründung der Freireligiösen Gemeinden zu den Vätern unserer kosmischen Religiosität. Giordano widerrief sein Weltbild vom unendlichen Kosmos und seine Kritik an den Dogmen der Kirche trotz Haft und Folter nicht. Die Engelsburg, in deren Kerker er acht Jahre Standhaftigkeit bewies, war ebenso Ziel der freireligiösen Gruppe. Dort ist heute ein Museum untergebracht.

Das Giordano-Bruno-Denkmal steht seit 1889 auf dem Campo dei fiori und wurde gegen den Protest des Vatikans und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und besonders der Studenten, von Freidenkern, Freireligiösen und Humanisten aus allen Ländern am 9. Juli 1889 enthüllt. Der Philosoph Giovanni Bovio sprach bei der Enthüllung die Worte, die heute noch für freireligiöse und humanistisch gesinnte Menschen große Bedeutung haben: „Hier steht er wieder auf, und die Religion des Geistes fordert keine Rache. Sie fordert die Toleranz aller Lehren, al-



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

**Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322**

**Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:**

**Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513**

ler Kulte, vor allem aber den Kultus der Gerechtigkeit. Statt der Gebete – die Arbeit. Statt des Glaubens – die Forschung. Statt der Unterwürfigkeit – die Erörterung. Ihre Artikel sind die Entdeckungen der Wissenschaft, ihre Konkordate die Kongresse gemeinsamer Arbeit. Unser Glaube hat keine Propheten, sondern nur Denker: Suchst du unseren Tempel – es ist die Natur. Suchst du unsere Heimat – es ist das Gewissen des Menschen.“ (siehe *Wege ohne Dogma* 2/2000)

*Freireligiöse Landesgemeinschaft Hessen  
Elke Suchanek (Geschäftsführerin FLH)*

## Ein kritischer Antitrinitarier und Humanist: Michael Servetus zum 450. Todestag

**Leben, Werk und Märtyrertod von Michael Servetus (1511–1553) sind einer der Grundsteine des modernen Unitariertums. Sie repräsentieren aber auch eine entscheidende Phase im Kampf um religiöse Freiheit, um mehr Geistesfreiheit und um Menschenrechte, der in den stürmischen Jahren der Reformation begann. Als Arzt, Jurist und Religionsphilosoph entwickelte er antitrinitarische Auffassungen und wurde ein kritischer Humanist. Er entdeckte den kleinen Blutkreislauf und widmete sich intensiv den Naturwissenschaften. 1533 veröffentlichte er sein gegen den Calvinismus gerichtetes Hauptwerk „Christianismi restitutio“.**

Zum Gedenken an den Todestag dieses hochgebildeten Spaniers (geboren als Miguel Servet in Villanueva de Sijena, Aragon) versammelten sich am 27. Oktober 2003 in Genf Mitglieder des Internationalen Rates der Unitarier und Universalisten (ICUU) aus Europa und USA. Vor genau 450 Jahren war Michael Servetus u. a. auf Betreiben Johann Calvins „bei kleinem Feuer“ auf dem Scheiterhaufen der Inquisition verbrannt worden. Sein „Vergehen“: Er hatte sich standhaft geweigert, das Trinitätsdogma der katholischen Kirche anzuerkennen, nachdem er beim Studium der Bibel darin keinen Hinweis auf die Trinität Gottes hatte finden können. In der Nähe der Hinrichtungsstätte errichteten Genfer Bürger vor hundert Jahren einen Stein, auf dem „der Irrtum“ eingestanden wurde. Einheimische und Gäste legen immer wieder frische Blumen oder Kränze an diesem Denkmal nieder.

Dieses Gedenken am Ort des grausamen Geschehens war Abschluss der ICUU-Veranstaltung im John Knox International Reformed Centre, Genf. Die Teilnehmer erfuhren viel über einen der berühmtesten freigeistigen Vorläufer, dessen Bedeutung auch nach 450 Jahren noch andauert. Neben drei Vorträgen beleuchteten dramatische Lesungen das Leben und Wirken von Servetus sowie die Wirren der damaligen Zeit. Reverend Dr. Elek Rezi, stellvertretender Bischof der Transylvanischen (Siebenbürger) Unitarischen Kirche (Unitarische Kirche in Rumänien) und Dekan der Unitarischen Theologischen Fakultät in Koloszvar/Cluj/Klausenburg, sprach über das Leben des Michael Servetus und den Einfluss, den er auf Franz David ausübte. Auf Letzteren, der auch als Märtyrer starb, gehen die Anfänge unitarischer Tradition in Siebenbürgen und Ungarn zurück. Reverend Andrew Hill von der unitarischen Kirche St. Mark in Edinburgh, Schottland, ist ein führender britisch-unitarischer Historiker. Er stellte die herausfordernde These auf, dass die uni-



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

tarische Tradition im Grunde John Calvin mehr verdankt als Servetus. Reverend Dr. Peter Hughes ist Vizepräsident der Unitarisch-Universalistischen Historiker-Gesellschaft und Hauptherausgeber des Internet-Nachschlagewerkes mit Biografien von Unitariern und Universalisten. Er sprach über die Bedeutung des Opfertodes von Servetus.

Das Leben und Sterben des Michael Servetus macht deutlich, wie wichtig, aber auch wie gefährdet die Toleranz, die religiöse Freiheit und die Menschenrechte sind, und dass wir uns um ihren Erhalt bemühen müssen – heute wie vor 450 Jahren.

*Antje Paul*

## Krise der Ökonomie und Verfall der Werte

**Nach dem Verfall der staatlich gelenkten Verwaltungswirtschaft steht die Marktwirtschaft auf dem Prüfstand.**

Die Eigeninitiative hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge und der eigenen Unternehmerschaft muss gestärkt werden. Es kommt hinzu die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen durch unsere Industriegesellschaft. Was muss umgebaut werden, um Millionen von Arbeitslosen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen? Was ist die Alternative zur gelenkten sozialen Marktwirtschaft?

Dies waren die Themen, mit denen sich ein Seminar in der Jugend- und Bildungsstätte Klingenberg vom 2.-5.10.2003 beschäftigt hat.

Eigeninitiative im Gesundheitswesen stärken heißt z.B.: Arbeitnehmer müssen für Freizeitunfälle eigene Verantwortung übernehmen; Prämien der Krankenkassen für die Gesunderhaltung sollen eingeführt werden.

Stärkung des unternehmerischen Bewusstseins heißt z.B.: Unterstützung der Initiativen zur Ich-AG; Wertschätzung der Eigenständigkeit/Eigenverantwortlichkeit für das Berufsleben durch Behandlung im Bildungssystem; Vermittlung des Rüstzeuges zur Eigenständigkeit im wirtschaftlichen Handeln bereits in der allgemeinbildenden Schule.

Gefährdung unserer Lebensgrundlagen durch den unangemessenen Verbrauch von Ressourcen durch die informationelle Industriegesellschaft: Während der letzten 130 Jahre wurde die menschliche Arbeit mit Sozialkosten belastet. Die menschliche Arbeitskraft zerfällt in geistige Arbeit und Muskelarbeit, die zunehmend mehr von „energiefressenden“ Robotern übernommen wird. Also müssen die Sozialkosten auf die Arbeitskosten und die Energiekosten im Verhältnis ihrer Produktionsmächtigkeit (20:80) verteilt werden. Die ökologische Steuerreform durch Entlastung der Arbeitskosten bei entsprechender Belastung der Energiekosten ist zwingend zur Beseitigung der Schieflage unseres Wirtschaftssystems.

Um geschlossene Wirtschaftskreisläufe zu erreichen, müssen die Bauern neben der Nahrungsmittelproduktion über die Biomasse in die Energiebereitstellung eingebunden werden. „More Power from the Bauer!“

*Für die Seminarteilnehmer  
Horst Prem*



**pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Literaturhinweis:

**Heft 19 der Schriftenreihe für freigeistige Kultur:  
„Das Verhältnis von Staat und Kirche in  
Deutschland und Europa –  
ein alter neuer Konflikt“**

hrsg. v. Volker Mueller (DFW),  
Angelika Lenz-Verlag, Berlin Hannover 2003, ISBN 3-933037-38-7

**Nicht erst seit der Diskussion um die neue Europäische Verfassung sind verfassungsrechtliche Fragen in besonderer Weise auch Gegenstand freigeistigen und humanistischen Engagements geworden. Heute stehen wir vor der historischen Situation, erstmals eine rechtsverbindliche und wohl auch justiziable Verfassung für die Europäische Union zu erhalten und dabei die Schwierigkeiten und Defizite aus vergangenen Verfassungsdiskussionen in den verschiedenen Nationalstaaten möglichst zu vermeiden. Es werden also Weichen für die nächsten Jahrzehnte der Entwicklung von Europa bzw. von Vereinigten Staaten Europas gestellt, eines Völkerbundes auf gleicher Basis von Menschen- und Bürgerrechten und einer sich entwickelnden Wertegemeinschaft.**

Wesentliche Schwerpunkte der Verfassungsdiskussionen sind das Verhältnis von Staat und Kirche bzw. Staat und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Sicherung der Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie das Diskriminierungsverbot (auch in religiös-weltanschaulichen Lebensfragen). Im Vordergrund steht dabei das laizistische Bemühen um einen weltanschaulich neutralen Staat, die Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens auf nationaler und internationaler Ebene sowie die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen, solange sie auf dem Boden der Menschenrechte stehen.

In diesem Heft legen wir drei Beiträge zur weiteren freigeistigen Diskussion vor. Sehr verdienstvoll sind die Analyse und der Kommentar von Johannes Neumann über die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen in den einzelnen EU-Staaten, durch die wiederum die Schwierigkeiten einer mehr laizistischen, gemeinsamen EU-Verfassung aufgedeckt werden. Volker Mueller stellt mit seinem Beitrag die Verfassungsdiskussionen im Rahmen der staatlichen Einheit Deutschlands zum Verhältnis von Staat und Kirche in den Jahren 1989 bis 1994 zur Verfügung, die nicht verschüttet werden sollten. Sie weisen im Wesentlichen auf moderne zivilgesellschaftliche Verfassungsbestimmungen zu Staat-Kirche hin, die bedauerlicherweise nicht ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wurden. Der Beitrag von Christel Hasselmann setzt sich mit der unzureichend realisierten Verantwortung der Religionen für Frieden und weltanschauliche Toleranz auseinander. Die Selbstbefragung der Religionen könnte zu einer Selbstbescheidenheit und Nichtdiskriminierung anderer Weltanschauungen führen, die bekanntlich real nicht eingetreten ist.

Diese Schrift ist eine Aufforderung, sich an der weiteren Diskussion um Europa und seine Verfassung zu beteiligen.

**Volker Mueller**



**pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513